

Selbst ist aus wie passiv gewesen. Die zeitweilige Einstellung des britischen Einflusses bedeutet aber, daß die Kräfte, die vorzuziehen würden, Großbritannien unberücksichtigt zu lassen, eine außerordentlich gute Gelegenheit hätten, ihre Ziele zu verfolgen. Auf jeden Fall steht Europa nicht still und könne auch nicht still stehen; es ändere sich täglich in seinen Tendenzen und Kombinationen. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland änderten sich bis in die feinsten Einzelheiten. Unter dem Druck der Ruhrbesetzung käme nicht nur die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, sondern auch die deutsche Regierung selbst mehr und mehr geneigt zu sein, in Abwesenheit irgendwelcher entgegengewirkenden Kräfte zu versuchen, ihre Lage zu erleichtern. Indem sie separate und exklusive Vereinbarungen mit Frankreich trafe. Die Ruhrindustrialen hätten mit der französischen Regierung bereits eine Vereinbarung getroffen.

Der französische Vertrag mit der Tschchoslawakei sei ein Symptom. Was auch immer die Absicht der Tschchoslawakei bei dieser Vereinbarung sei, es bestehe kein Zweifel darüber, daß sie in Paris dahin ausgelegt werde, daß sie die französische Politik bei ihrem Bestreben stärke, die neuen Staaten Europas in der großen Streitfrage dieser Zeit auf die Seite Frankreichs zu bringen. Es sei ernst für Großbritannien, daß es in einer so schwierigen Lage wie der jetzigen ohne eine klar ausgedrückte Politik sei. Die Ueberzeugung, daß angemessene Reparationen bezahlt werden müßten, daß jedoch die Ruhrbesetzung vollkommen verfehlt sei, sei in diplomatischen Kreisen ausgebreitet worden, die ihre Wirkung vollkommen verfehlt hätten, weil auf sie keine festen Aktionen gefolgt seien. Die Folge davon sei gewesen, daß sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die britische Haltung durchaus mißverstanden worden sei.

Zuletzt heißt es wörtlich: Wir können es uns nicht leisten, in Europa abseits zu stehen oder zuzulassen, daß unsere Rechte und Interessen in allen diesen neuen Kombinationen unberücksichtigt gelassen werden. Die erste Aufgabe jeder britischen Regierung ist jetzt das britische Prestige in Europa wiederherzustellen und ihr äußerstes zu tun, die sehr ersten Gefahren abzuwenden in die wir treten.

„Echo de Paris“ meldet: Die englische Regierung hat durch ihren Botschafter die Einstellung der Kriegsschuldprozesse in Frankreich anregen lassen.

Verstärkung der englischen Luftflotte.

Das Luftschiffministerium hat bekannt, daß die königlichen Luftstreitkräfte sofort 400 neue Blöcke einstellen. Infolge der Verstärkung des Effektivbestandes der Flugzeuggeschwader, die gegenwärtig umgebildet werden.

Verständigungsversuche.

Der deutsche Reichsbankpräsident hat dreimal im Londoner Schaham vorgeschrieben. Drei deutsche Bankiers, darunter ein Beamter der Reichsbank, sind in London eingetroffen. Die Besprechungen mit englischen Finanzkreisen gelten dem Abschluß eines größeren Währungsabkommens, über den schon seit Wochen zwischen Berlin und London verhandelt worden ist. Nach einer Blättermeldung ist der deutsche Großindustrielle Otto Wolff gegenwärtig in Paris und wird wahrscheinlich von Seydoux empfangen, der für Wirtschaftsfragen besonders kompetent ist. — Nach anderen Blättermeldungen soll Stinnes die Absicht haben, sich demnächst nach Paris zu begeben, um hier Verhandlungen über die Reparationsfrage und eine wirtschaftliche Verständigung einzuleiten.

Kleine politische Meldungen.

Das neue Reparationskommissar. Laut Reichsanzeiger wurde der Reichskommissar für Reparationslieferungen, Generaldirektor Loh, auf seinen Antrag von seinem Amt entbunden. Mit der Führung der Geschäfte ist der Abteilungsleiter im Reichsministerium für Wiederaufbau, Ministerialrat Tunge beauftragt worden.

Stresemanns Reise nach Lugano. Während seines Aufenthaltes in Lugano hat Dr. Stresemann auch mit dem Botschafter in Rom, Freiherrn von Neurath, und dem deutschen Gesandten in Bern, Dr. Adolf Müller, längere Zeit verhandelt. Im übrigen sind an den Aufenthalt Dr. Stresemanns zahlreiche Kommentare geknüpft worden, die, wie jetzt feststeht, völlig unzutreffend sind. So hat auch eine Zusammenkunft mit dem französischen Finanzminister nicht stattgefunden.

Der Personalabbau in Bayern. Die Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums über den bayerischen Personalabbau ist erschienen. Nicht einbezogen sind die Richter der ordentlichen Gerichte, des Verwaltungsgerichtshofes und des Obersten Rechnungshofes, Schutzmannschaft, Gendarmen und Landespolizei, sowie die Lehrer des Vorbereitungsdienstes. Einstellungen aller Art sind bis zum 31. Dezember 1924 untersagt, Ausnahmen wie vorhin. Bis zum 31. 12. 1924 ist Beschränkungsperiode.

Abkündigung deutscher Patente in den U. S. A. Reuter meldet aus Wilmington (Delaware): Der Bundesbezirksgerichtshof bestätigte den Verkauf von 5700 deutschen chemischen Patenten an ein chemisches Unternehmen, die während des Krieges vom Verwalter des ausländischen Eigentums übernommen worden waren. — Die augenblickliche Regierung, die vergeblich versuchte, diesen Verkauf als gegen die Verfassung verstoßend zu erklären, wird nun beim Obersten Gerichtshof Berufung einlegen.

Stufen für die Pariser Polizei. Der Polizeipräsident hat wegen der Feuerdemonstrationen der Polizeibeamten am 11. Dezember (über die feinerzeit berichtet worden ist. D. R.) folgende Strafen durch Bestätigung der Beschlüsse der Disziplinarkammer verhängt: 19 Entlassungen, 12 Jurisdiktionsstellen auf 2 Jahre, 26 Enthebungen vom Dienste auf 1 Jahr oder weniger, 3 Rangberaubungen und 3 Freisprechungen.

England führt die Wehrpflicht ein. „Morning Post“ meldet aus Moskau: Der Droß Sowjet nahm die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht an. Ein russisch-polnischer Zwischenfall. Ein in der „Jewetija“ veröffentlichtes Communiqué vom 28. Dezember besagt, daß das Außenministerium anlässlich der Ermordung des Angehörigen der russischen roten Armee Wailaschoff auf russisch-polnischem Grenzgebiet die polnische Regierung um Bestrafung der Täter ersucht hat.

Rückkehr des Koburger nach Bulgarien? Die „Chicago Tribune“ schreibt, mit der Annahme des Gesetzes über die Rückkehr des Hauses Koburg nach Bulgarien werde die bulgarische Regierung auch dem früheren Zaren die Rückkehr gestatten. Die jugoslawische Regierung hat gegen diese Rückkehr protestiert und diesen Protest in ultimativer Form nach Sofia abgemittelt. Nach derselben Quelle werden bulgarische Truppen zur Bedrohung des Ägäischen Meeres zusammengesogen.

Benjolos in Griechenland. Benjolos ist an einer einsamen Stelle der griechischen Küste gelandet; er hat die Regierungsbildung übernommen. Vlastiras ist in den Ruhestand versetzt worden.

Schwere Kämpfe in Saloniki. Der „Corriere della Serra“ meldet aus Athen: Die Staatsregierung hat ohne besondere gesetzliche Ermächtigung die Vermögenssperre für die Mitglieder der Dynastie ausgesprochen. — In Saloniki fanden schwere Kämpfe zwischen Matrosen und Regierungstruppen statt, bei denen diese Sieger blieben. Es gab über 40 Verwundete und Tote. Die Matrosenherrschaft in Saloniki ist gestürzt. Nur im Hafen sieht man noch rote Fahnen.

Die neue Regierung von Mexiko. Nach einer der diplomatischen Vertretung der neuen provisorischen Regierung Gueria aus Veracruz zugegangenen Meldung befinden sich die Guastaca-Delegierte in den Händen der neuen Regierung. Eine Division Infanterie geht gegen San Louis Potosi vor, um Prieto Laurens zum Gouverneur einzusetzen. Die ganze Stadt Tabasco ist im Besitz der Anhänger der neuen Regierung, ebenso Tehuacan und Puebla. Louis Soans ist von den dortigen Behörden als Gouverneur eingesetzt worden. Die Arbeiter- und die Bauernpartei sind zu der neuen Regierung übergetreten. Die im Kampfgebiet wohnenden Ausländer sind mit dem Dampfer Colon nach Tampico gebracht worden. Die neue Regierung bürgt für den Schutz der ausländischen Interessen.

Aus der Landtagsitzung.

Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion. Die Wirt in der gestrigen Landtagsitzung verlas, hatte folgenden Inhalt: „Der in Sachen vorhandenen proletarischen Mehrheit war es infolge des Verhaltens der kommunistischen Fraktion leider nicht beschieden, auf die Dauer eine — besonders den unteren Volksschichten dienende — fruchtbringende Politik zu treiben. Die Hoffnungen, die weite Volksschicht auch über die Grenzen Sachsens hinaus an diese proletarische Mehrheit knüpfen, sind leider nicht erfüllt, ja zum Teil bitter enttäuscht worden. Ein Beisatzschnitt positiver Parlamentarierarbeit wurde durch die von den Kommunisten bewirkte Auflösung des Landtages im Hochsommer 1922 unterbrochen. In dieser unermeßlichen Selbstauflöserung hat die Sozialdemokratie immer wieder versucht, die vorhandene proletarische Mehrheit zu positiver Gesetzgeberarbeit einzuführen. Diesem Ziel zustehe hat sie in selbstloser Weise neben anderen selbst eine Anzahl sächsischer Minister und altbewährter Parteiführer geopfert ohne daß diese Opfer einen Nutzen gebracht hätten. Die SPD. will und wollte keine positive Arbeit für das Volk. Sie hat erst vor wenigen Tagen durch den Abgeordneten Wiltner erklären lassen, daß sie auch nach den Wahlen eine sozialdemokratische Regierung nicht unterstützen werde. Nach dieser Erklärung würde eine Neuwahl wohl kein anderes Verhältnis der SPD. zur praktischen Gesetzgeberarbeit ergeben würde, eine zwecklose Vergewandung von Geld und Zeit sein, die zweckmäßig für nutzbringende Arbeit verwendet werden könnte. Die sozialdemokratische Fraktion, die durch dieses Vorgehen der Kommunisten vor die entscheidende Frage gestellt wurde, den Landtag aufzulösen, ohne Aussicht auf Wenderung des Kräfteverhältnisses, oder in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzutreten, hat sich für das Letztere entschieden. Die sozialdemokratische Fraktion tritt daher in klarer Absicht und voller Verantwortung vor ihren Wählern in eine Koalition mit jenem Teil des Bürgertums ein, der sich vorbehaltlos bereit erklärt hat, die Republik zu erhalten und zu schützen, sowie der sozialen Fürsorge seine Kräfte zu widmen. Die sozialdemokratische Fraktion schlägt daher zum Ministerpräsidenten den jetzigen Finanzminister Abgeordneten Heidt vor.“

Reuter (Deutschland) schlug den Wg. Hofmann vor und betonte, daß jetzt ein bürgerliches Kabinett gebildet werden müsse. Eine große Koalition ist ein Irrtum. Die Sozialdemokratie hat abgewirtschaftet. Mit einer Partei, die einen Feigener an ihre Spitze brachte, sollte sich heute niemand koalieren. Wir sind der Ansicht, daß es gelingen würde, in Sachsen die Macht der Sozialdemokratie zu brechen und eine bürgerliche Regierung an die Stelle zu bringen, wenn die Bürgerlichen den Mut ausgebracht hätten, die Neuwahlen zu propagieren. Das Ministerium wird zusammengesetzt sein aus vier Sozialdemokraten und drei Bürgerlichen. Die Sozialdemokratie wird also die Mehrheit behalten. Heißlich und Müller sind Verfechter des Klassenkampfes und werden es bleiben. Die große Koalition wird eine Episode sein.

Wg. Dr. Kaiser (D. Vpt.): Ich habe im Namen meiner Fraktion folgendes zu erklären: Die offensündige Tatsache, daß die politischen Vorgänge des letzten Jahres den sächsischen Staat schwer erschüttert haben, zwingt jeden der es mit dem Wohle des Volksgehens ernstlich meint, dazu, einen Weg zu suchen, der uns endlich zur Ruhe und Arbeit führt, der den Aufbau der Wirtschaft ermöglicht und eine erspriehliche Tätigkeit des Staatsorganismus gewährleistet. Nach unserer Ueberzeugung kann der Weg nur bestehen in einer Politik der Verständigung und positiven Arbeit. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, sehen wir bei der politischen Kon-

stellation Sachsen in einem Zusammenarbeiten der mittleren Parteien, und wir sind deshalb bei dieser Zusammenarbeit entschlossen. Wir werden deshalb bei der Wahl des Ministerpräsidenten für den Wg. Heidt stimmen.

Wg. Dr. Seyditz (Dem.): Die Haltung der Demokraten ist die gewesen, daß sie ein Ziel mit aller Kraft erreicht hat, das jetzt erreicht scheint. Es ist bei der Lage Sachsen gegeben, daß die Mittelparteien zu einer Verständigung kommen. Wir haben uns seit langem bemüht, aber der Einfluß der Kommunisten hat einen Erfolg bisher verhindert. Die Gegenkräfte, die innerhalb der neuen Koalition vorhanden sind, werden bestehen bleiben, aber es handelt sich darum, eine Verständigung zu finden zu praktischer Arbeit. Wir bedauern, daß nicht die ganze Fraktion der Sozialdemokraten hinter der Koalition steht. Es gibt ein Aufatmen durch das sächsische Volk. (Sächsischer Widerspruch bei den Kommunisten.) Auch wir werden dem Minister Heidt unsere Stimmen geben.

Der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Sozialisten und eines Teiles der Sozialdemokratie abgelehnt.

Von Stadt und Land.

Heidt sächsischer Ministerpräsident.

Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie. Zu Beginn der gestrigen Landtagsitzung teilte Ministerpräsident Heidt mit, daß ein Antrag eingegangen sei, ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Die Regierung wird diesem Antrag entsprechen und in der nächsten Nummer der Staatszeitung ein entsprechendes Bekanntmachung aufnehmen finden.

Darauf wurde zur Wahl des Ministerpräsidenten geschritten. Von sozialdemokratischer Seite wurde der frühere Finanzminister Heidt vorgeschlagen. Die Vertreter der deutschen Volkspartei und die Demokraten stimmten dem Vorschlag zu. Abgeordneter Schwarz erklärte im Namen einer besonderen Gruppe unter den Sozialdemokraten, daß sie Gegner einer Koalition mit der Volkspartei seien und den Abgeordneten Heidt nicht wählen würden. Bei dem Wahlaute wurden insgesamt 79 Stimmen abgegeben. 14 Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 52 auf Heidt (Sozialdemokrat), 17 auf Hofmann (Deutschnational) und 10 auf Wiltner (Kommunist). Heidt ist somit gewählt und erklärte sich auf Befragen des Präsidenten Wiltner bereit, die Wahl anzunehmen. Darauf erfolgte die Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten.

Heidt ist der amtsälteste Minister; er gehörte bereits dem vorrevolutionären Kabinettskabinett unter Dr. Heine an. In den ersten Revolutionsjahren war Heidt Arbeitsminister; seit mehr als drei Jahren verwaltete er das Finanzministerium.

Der neuernannte Ministerpräsident Heidt wird sein Kabinett voraussichtlich wie folgt zusammensetzen: Müller-Chemnitz (Soz.), Inneres, Müller-Beipzig (Soz.), Wirtschaft, Eisner (Soz.) Arbeit, Dr. Kaiser (D. Vpt.), Justiz, Ministerdirektor Dr. Schulze (D. Vpt.) Kultus, Dr. Reinhold (Dem.) Finanzen.

Die Zulassung eines Volksbegehrens auf Landtagsauflösung.

Das Gesamtministerium veröffentlicht in der „Sächsischen Staatszeitung“ vom Freitagabend folgende Verordnung: Der Landesarbeitsausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsens hat durch seine Vorstehenden Arthur Witz und Oskar Edel unter dem 8. Januar 1924 einen Antrag eingereicht, daß das Gesamtministerium auf Grund des Artikels 88 der sächsischen Verfassung ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtages herbeizuführen.

Das Gesamtministerium hat beschlossen, dieses Volksbegehren auf Grund des Artikels 88 der Verfassung und §§ 1 und 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 Gesetzblatt S. 62 zuzulassen. Weitere Bestimmungen bleiben vorbehalten.

Dresden, den 4. Januar 1924  
Gesamtministerium.  
(gez.) Heißlich, Ministerpräsident.

Deutschnationaler Antrag zur Amtsblattfrage. Der deutschnationalen Abgeordnete Börner (Leipzig) hat im Einvernehmen mit sämtlichen Mitgliedern der Deutschnationalen Fraktion folgende Anträge im Landtage eingebracht: „Auf Veranlassung des ehemaligen Ministerpräsidenten Feigener ist zahlreiche bürgerlichen Zeitungen der Vertrag über die Zulassung amtlicher Anzeigen gekündigt worden, und zwar nur aus dem Grunde, weil diese Zeitungen Dr. Feigener und seiner Politik gegenüber von dem Rechte der Kritik Gebrauch gemacht hatten. Ist die heutige Regierung bereit, diese Fälle nachzuprüfen und den zu unrecht benachteiligten Zeitungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen?“

Geringes Anzeichen der Großhandelsinflation. Die auf den Stichtag des 2. Januar berechnete Großhandelsinflation des Statistischen Reichsamtes (1918 gleich 100) ist gegenüber dem Stande von 27. Dezember (1920) um 2 Prozent auf 122,4 gestiegen; und zwar wurde die Deckschlagung der Rohstoffpreise durch die Steigerung namentlich der Getreidpreise mehr als ausgeglichen. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel (im Großhandel) um 6 Prozent auf 108,8, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 9,4 Prozent auf 86,4, wogegen die Industriestoffe um 2 Prozent auf 147,9, davon die Gruppe Kohle und Eisen um 3 Prozent auf 147,1 nachgaben. Das Preisniveau der Einfuhrwaren blieb mit 138 nahezu unverändert, dasjenige der Inlandwaren hob sich um 2,9 Prozent auf 116,8. — In Monatsdurchschnitt Dezember ist der Goldstand der Großhandelsinflation gegenüber November um 0,2 Prozent auf 122,4 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel um 14,5 Prozent auf 111,2, die Industriestoffe um 1,1 Prozent auf 154,1, ferner die Inlandwaren um 11,9 auf 119,8, während die Einfuhrwaren um 2,2 Prozent auf 160,8 anjog.

Keine Grundlegung der Zeitungsabgabepreise. Unter der allgemeinen Geldentwertung hatte sich der Uebelstand herausgebildet, daß viele Arbeitsnehmer nicht mehr in der Lage waren, die Eisenbahn von ihrem Wohnort zur Arbeitsstätte